



WERKVERTRAG

zwischen

der Stadt Leverkusen, Büro Baudezernat
vertreten durch den Oberbürgermeister
Hauptstraße 101, 51373 Leverkusen

– nachstehend **Auftraggeberin (AG)** genannt –

und

vertreten durch

– nachstehend **Auftragnehmer (AN)** genannt –

wird folgender **Werkvertrag** geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Die Stadt Leverkusen beabsichtigt, im Rahmen des geplanten Autobahnausbaus in Leverkusen bei den Bauabschnitten 2 (Ausbau der A1 zwischen den Autobahnkreuzen Leverkusen-West und Leverkusen mit dem Schwerpunkt Stelzenbrücke) und dem Bauabschnitt 3 (Ausbau der A3 zwischen den Anschlussstellen Leverkusen-Zentrum und Leverkusen-Opladen mit dem Schwerpunkt Ausbau des Autobahnkreuzes Leverkusen) den AN mit der Erarbeitung eines Gutachtens zur Berechnung der sozioökonomischen und ökologischen Kosten zu beauftragen.
- (2) Der Untersuchungsraum umfasst im Weitesten Sinne das durch den Ausbau betroffene Stadtgebiet. Untersuchungsschwerpunkte werden mit dem AN im weiteren Prozess geklärt.

§ 2 Leistungsumfang

- (1) Grundlage des Vertrages ist das Angebot des AN vom Die detaillierte Auflistung zu den zu erbringenden Aufgaben sowie Bestimmungen zum Honorar,

den Nebenkosten und der Fälligkeit des Honorars sind dem Angebot (siehe Anlage 1) sowie § 12 dieses Vertrages zu entnehmen. Die AG beauftragt den AN insbesondere mit der Erarbeitung folgender Leistungen (s. Anlage 1):

- Stufe I: Bestandsaufnahme und Analyse, Scoping-Termin
 - Stufe II: Auswertung und Vertiefung, Zwischenpräsentation
 - Stufe III: Auswertung und Fertigstellung des Gutachtens
 - Stufe IV: Präsentation des Gutachtens im Rat der Stadt Leverkusen
- (1) Die Beauftragung umfasst alle Bestandteile des Angebotes. Die AG behält sich vor, Einzelleistungen oder einzelne optionale Leistungen nicht zu beauftragen. Der AN hat keinen Anspruch auf Beauftragung aller Angebotsinhalte.
 - (2) Der AN erbringt alle Leistungen in Person oder durch Mitarbeiter/innen seines Büros. AN ist das Unternehmen..... Bei einem Leistungsausfall der AN, wird das Unternehmen in Abstimmung mit der AG ein geeignetes Büro zur Ausführung der Aufgabe auswählen.
 - (3) Die Beauftragung von Unterauftragnehmern bedarf der Zustimmung der AG. Soweit Leistungen durch Dritte erbracht werden, werden diese nicht gesondert vergütet.

§ 3 Einzelfristen

Es wurden keine Einzelfristen vereinbart.

§ 4 Pflichten der Auftraggeberin

- (1) Die AG stellt dem AN auf Anforderung die für sie verfügbaren Informationen zur Verfügung, die sie für erforderlich hält, um den Auftrag vertragsgemäß zu erfüllen. Hierzu zählen insbesondere Informationen über örtliche Gegebenheiten und Planungen im Untersuchungsbereich sowie digitale Kartengrundlagen.
- (2) Die AG unterstützt den AN, soweit möglich, bei Bedarf durch Informationen über besondere örtliche Verhältnisse.
- (3) Informationen werden in der Regel digital zur Verfügung gestellt, Druckexemplare in einfacher Ausfertigung.
- (4) Die AG übernimmt die Initiierung des Auftaktes und grundsätzliche Projektorganisation, die Protokollierung von Abstimmungsterminen erfolgt durch den AN.
- (5) Als verantwortliche Ansprechpartnerin der AG werden Frau Ute Kommoß und Frau Nicole Schumacher (Büro Baudezernat, Koordinierungsstelle Autobahnausbau) bestimmt. Für urlaubsbedingte oder sonstige Zeiten der Abwesenheit der Ansprechpartnerin wird die AG dem AN rechtzeitig eine Stellvertretung benennen.

§ 5 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Die Erbringung der Leistung durch den AN muss nach den allgemein anerkannten Regeln und dem Stand der Technik unter Beachtung aller behördlichen und gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen zum Zeitpunkt der Leistungserbringung erfolgen.

- (2) Bei der Erstellung von schriftlichen Dokumenten (Endbericht, ggf. ergänzendes Kartenmaterial, Übersichtslisten etc.) sind die jeweils aktuell gültigen Regeln hinsichtlich Orthografie und Interpunktion sorgfältig zu beachten, referenziell ist hier die zum Zeitpunkt der Abgabe aktuelle Edition des Duden-Wörterbuchs. Ebenfalls hat die Formatierung einheitlich zu erfolgen. Sollte für die AG durch Nichtbeachtung Zusatzaufwand entstehen, stellt diese dem AN diesen mit dem gleichen Stundensatz (s. § 12, Abs. 1) in Rechnung (wird verrechnet).
- (3) Der AN ist verpflichtet, sich bei der Leistungserbringung an den Rahmen der von der AG festgelegten und genehmigten Kostenvorgaben zu halten. Bei Kostenabweichungen hat der AN die AG unverzüglich zu unterrichten, die Kostenabweichungen zu begründen und bei Kostenüberschreitungen Einsparungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Die Überschreitung der Auftragssumme erfolgt nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG.
- (4) Der AN wird die Interessen der AG wahrnehmen. Zur Abgabe und Entgegennahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen, welche die AG verpflichten, ist er jedoch nicht befugt. Eine Vertretung der AG gegenüber Dritten durch den AN bedarf einer ausdrücklichen schriftlichen Vollmacht.
- (5) Das Gutachten ist der AG in digitaler Form im PDF-Format (druck- und mailfähig) zu übergeben. Zudem sind digitale Datensätze zu Text und Tabellen (MS-Word, MS-Excel) sowie zu Karten, Plänen, Skizzen oder 3-D Zeichnungen (dxf- oder shape-Format) bereitzustellen.
- (6) Der AN verpflichtet sich, ein Projektteam zur Verfügung zu stellen. Verantwortlich geleitet wird das Projekt durch..... Ansprechpartner auf Arbeitsebene sind..... Änderungen in der Zusammensetzung dieses Projektteams bedürfen der schriftlichen Zustimmung der AG, die aus wichtigem Grund verweigert werden darf.

§ 6 Bearbeitungsfristen

- (1) Der AN ist verpflichtet, die Gesamtleistung bis 31.12.2025 zu erbringen.
- (2) Die Festlegung von verbindlichen Detailterminen und Einzelfristen erfolgt in Abstimmung mit der AG. Bei Änderungen des Zeitplanes und der Bearbeitungsfristen verständigen sich die AG und der AN einvernehmlich.
- (3) Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen auf die festgelegten Termine auszurichten. Hat der AN zu vertreten, dass Fristen nicht eingehalten werden können, behält sich die AG vor, Teilbeträge aus Abschlagsrechnungen dauerhaft einzubehalten.
- (4) Verzögerungsgründe sind unverzüglich mitzuteilen. Ansprüche des AN infolge einer Verlängerung der Bearbeitungszeit aufgrund anderer Umstände (z. B. durch Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer) sind ausgeschlossen. In Zweifelsfällen ist ohne besondere Vergütung ein Vorschlag des AN zum Umgang mit dem Verzögerungsgrund und seinen Folgen einzureichen und die Weisung der AG einzuholen.
- (5) Soweit sich die Einhaltung der Frist aus Gründen verzögert, die die AG zu vertreten hat, hat der AN Anspruch auf Verlängerung der Frist um einen entsprechenden Zeitraum.

- (6) Ist die Verzögerung von keiner Partei zu vertreten, sind beide Parteien verpflichtet, alles Erforderliche zu tun, um den Zeitverlust schnellstmöglich wieder auszugleichen. Ist dies mit zumutbarem Aufwand nicht möglich, hat der AN Anspruch auf eine angemessene Fristverlängerung.
- (7) Der AN hat die AG ohne besondere Vergütung regelmäßig über den Bearbeitungsstand zu unterrichten.

§ 7 Abnahme

- (1) Die Leistungen des AN gelten als abgenommen, wenn beide Parteien einvernehmlich den Abschluss der Bearbeitung feststellen. Der Abnahme steht es gleich, wenn der AN den Abschluss der Bearbeitung nicht innerhalb einer von der AG gesetzten angemessenen Frist erklärt, obwohl er dazu verpflichtet ist.
- (2) Die AG hat Anspruch auf die Teilabnahme von Leistungen, soweit sie in sich abgeschlossen sind. In sich abgeschlossene Leistungen sind jeweils die in § 2 Leistungsumfang genannten Arbeitsschritte.

§ 8 Nutzungs-, Verwertungs-, und Urheberrecht

- (1) Der AN übereignet der AG die von ihm erarbeiteten Werke jeweils nach der Abnahme und im Fall der Teilabnahme nach dieser. Die Ergebnisse des Auftrags stehen der AG ausschließlich und uneingeschränkt zur Verfügung. Sie darf die Unterlagen des AN ohne dessen Mitwirkung und ohne zusätzliche Kosten nutzen, ändern und verwerten.
- (2) Die Urheberrechte verbleiben bei dem AN. Die AG erhält im Ergebnis Unterlagen, die für die Verwendung bspw. im Rahmen nachgelagerter Verfahren geeignet sind. Der AN erklärt sich damit einverstanden, dass die der AG ausgehändigten Daten anderen Gutachtern oder Planungsbüros ausgehändigt und auf der Homepage der Stadt Leverkusen bereitgestellt werden dürfen. Das von dem AN erarbeitete Gutachten muss daher Daten und Informationen enthalten, die zur weiteren Bearbeitung bzw. Verwendung im Rahmen nachgelagerter Planungsschritte geeignet sind.
- (3) Die AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN.
- (4) Der AN bedarf zu Veröffentlichungen der Einwilligung der AG; die AG wird die Einwilligung nur aus triftigen Gründen verweigern.
- (5) Von urheberrechtlichen Ansprüchen Dritter stellt der AN die AG frei.
- (6) Im vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung sämtlicher urheberrechtlicher Nutzungs-, Änderungs- und Verwertungsbefugnisse enthalten und damit abgegolten.
- (7) Die AG ist auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages oder im Falle der Nichtbeauftragung weiterer Leistungen berechtigt, die Unterlagen ohne Mitwirkung des AN zu vollenden.
- (8) Sämtliche in diesem Paragraphen getroffene Regelungen gelten uneingeschränkt auch im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung.
- (9) Der AN ist berechtigt, seine Tätigkeit bei dem Projekt im Rahmen zulässiger Öffentlichkeitsarbeit und Akquisition zu erwähnen.

§ 9 Geheimhaltung und Datenschutz

- (1) Der AN verpflichtet sich, die ihm überlassenen Daten und Unterlagen ausschließlich für die Erbringung der im § 2 genannten Leistungen zu verwenden. Die Nutzung für andere Aufträge bedarf jeweils der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG.
- (2) Der AN verpflichtet sich, bei der Verarbeitung personenbezogener oder personenbeziehbarer Daten die Vorschriften der EU-Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 ab 25.05.2018) bzw. des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Damit unterwirft sich der AN auch der Kontrolle durch den nordrhein-westfälischen Datenschutzbeauftragten.
- (3) Sofern der AN von Stellen der AG Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten überlassen werden, wird er diese ausschließlich zur Erfüllung des Auftrags verwenden und insbesondere nicht zu anderen Zwecken verarbeiten oder an Dritte übermitteln.
- (4) Der AN verpflichtet sich, alle ihm von der AG zur Verfügung gestellten Unterlagen ordnungsgemäß aufzubewahren und insbesondere dafür zu sorgen, dass unbefugte Dritte nicht Einsicht nehmen können.
- (5) Von dem AN zum Beispiel im Rahmen von Befragungen und Ähnlichem erstellte Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten werden der AG in aggregierter und anonymisierter Form übermittelt. Der AN wird die von ihm erstellten Unterlagen mit personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten nach Gebrauch fachgerecht vernichten. Eine darüber hinaus gehende oder abweichende Nutzung ist unzulässig. Diese Leistungen sind vom Honorar abgedeckt.
- (6) Falls eine Bearbeitung personenbezogener Daten, die seitens der AG zur Verfügung gestellt werden, erforderlich ist, sind separate vertragliche Regelungen zwischen AN und AG zu treffen.
- (7) Der AN ist dazu verpflichtet, über den Auftrag – mindestens 1 Jahr – auch nach dessen Abschluss – betreffende Tatsachen, Vorgänge, Einzelheiten und Erkenntnisse, die ihm bei der Durchführung des Auftrags mitgeteilt werden oder zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu halten. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung erstreckt sich auf alle Mitarbeiter*innen des AN. Die Vorschriften nach § 6 DSG NRW sind zu beachten.
- (8) Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten oder früher nach Aufforderung durch die AG – spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung – hat der AN sämtliche in seinem Besitz gelangte Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis im Sinne dieser Vereinbarung stehen, der AG auszuhändigen.
- (9) Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, sind durch den AN entsprechend den jeweiligen Aufbewahrungsfristen über das Vertragsende hinaus aufzubewahren. Er kann sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende der AG übergeben.

§ 10 Zusammenarbeit

- (1) Der AN ist verpflichtet, den Auftrag in ständigem Kontakt und in enger Zusammenarbeit mit der AG durchzuführen und diese laufend über den Fortgang der Arbeiten und über die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsphasen in angemessener Weise zu unterrichten. Über Besprechungs- und Präsentationstermine werden zwischen AG und AN im Laufe des Auftrags Vereinbarungen getroffen.
- (2) Der AN verpflichtet sich, für Terminwahrnehmungen und Präsentationen nach vorheriger terminlicher Abstimmung zur Verfügung zu stehen.

§ 11 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin

- (1) Die vom AN zur Erfüllung dieses Vertrages für die AG gefertigten und beschafften sowie die ihm überlassenen Unterlagen sind der AG spätestens bei Vertragsende oder Erfüllung des Auftrages herauszugeben. Sie werden Eigentum der AG.
- (2) Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen.

§ 12 Honorar, Nebenkosten und Fälligkeit des Honorars/Abschläge

- (1) Die Kostenaufstellung des AN vom 23.05.2024 ist Bestandteil dieses Vertrages. Der AN erhält für die in § 2 genannten Leistungen einen Stundensatz von netto. Kalkuliert sind entsprechend AngebotArbeitsstunden und ein Gesamtauftragsvolumen von € (ohne zusätzlichen optionalen Baustein) einschließlich Nebenkosten und der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- (2) Das kalkulierte Gesamtauftragsvolumen stellt keine pauschale Beauftragung dar. Die Abrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlich geleisteten Stunden.
- (3) Sämtliche Nebenkosten inklusive Reisekosten werden nicht gesondert abgerechnet.
- (4) Die Abrechnung erfolgt jeweils mit gesonderter Rechnung nach Fertigstellung der Leistungen und Abnahme.
- (5) Der AN kann nach jeder Teilabnahme eine Abschlagszahlung für die jeweils erbrachte, in sich abgeschlossene Leistung verlangen.

§ 13 Haftung und Gewährleistung

- (1) Der AN übernimmt der AG gegenüber die Haftung und Gewähr für eine ordnungsgemäße Ausführung seiner Leistungen, wie sie in dem vorliegenden Vertrag vereinbart sind. Die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen müssen für den vorgesehenen Zweck nutzbar und vollständig sein.
- (2) Der AN hat für die Dauer des Auftrags eine Haftpflichtversicherung für je zwei Schadensfälle pro Jahr mit einer Deckungssumme je Schadensfall für Personenschäden in Höhe von 1.500.000 € und je Schadensfall für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 250.000 € zu unterhalten.
- (3) Der Nachweis über den Versicherungsschutz ist unmittelbar nach Vertragschluss zu übergeben.

- (4) Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit die Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Die AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

§ 14 Kündigung

- (1) Der Vertrag kann von beiden Seiten nur aus wichtigem Grund schriftlich ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
1. das Vorhaben eingestellt wird,
 2. sich der andere Teil trotz Ablaufes einer schriftlich gesetzten Frist in Verzug befindet,
 3. Leistungen trotz einer eingeräumten Nachbesserungsmöglichkeit den Anforderungen in § 7 Abs. 1 (Abnahme) nicht entsprechen.

Weitergehende Ansprüche bleiben unberührt.

- (2) Wird aus einem Grund gekündigt, den die AG zu vertreten hat, erhält der AN das vereinbarte Honorar. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.
- (3) In allen anderen Fällen sind nur die bis dahin erbrachten, nachgewiesenen Leistungen, soweit sie von der AG verwertet werden können, zu vergüten.

§ 15 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Streitigkeiten

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen des AN und Gerichtsstand für beide Parteien ist Leverkusen.
- (2) Ein Streitfall berechtigt den AN nicht, die Arbeiten zu unterbrechen.
- (3) Bei Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der AN zunächst verpflichtet, Ansprüche gegenüber der AG geltend zu machen und zu begründen. Soweit diese nicht anerkannt werden, teilt die AG die Gründe hierfür dem AN ebenfalls schriftlich innerhalb eines Monats mit. Kommt eine Einigung daraufhin nicht zustande, verpflichten sich die Parteien vor Anrufung eines Gerichts, ein Mediationsverfahren durchzuführen. Sollten sich die Parteien nicht auf einen Mediator/einen Mediator einigen können, wird eine geeignete Mediatorin/ein geeigneter Mediator von der Rechtsanwaltskammer Köln aus der dort geführten Liste der zugelassenen Anwaltsmediatoren bestimmt.

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen dieses Vertrages sowie sämtliche diesen Vertrag betreffenden Mitteilungen und Erklärungen bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- (2) Im Fall der Unwirksamkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieses Vertrages bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. Unwirksame Bestimmungen sind von den Parteien durch wirksame zu ersetzen, die dem gewollten Zweck möglichst nahekommen. Entsprechendes gilt im Fall einer Vertragslücke.

- (3) Der Vertrag begründet keine rechtlichen Ansprüche auf Folge- oder Zusatzaufträge.
- (4) Jede Partei erhält eine Ausfertigung dieses Vertrages.

Auftraggeberin:

Stadt Leverkusen

Auftragnehmer:

Leverkusen,

.....

.....

Im Auftrag

.....

Anlagen:

- Angebot des AN vom
- Preisblatt zum Angebot des AN vom